



März 2024

FÜR EINE EUROPÄISCHE ENERGIEPOLITIK

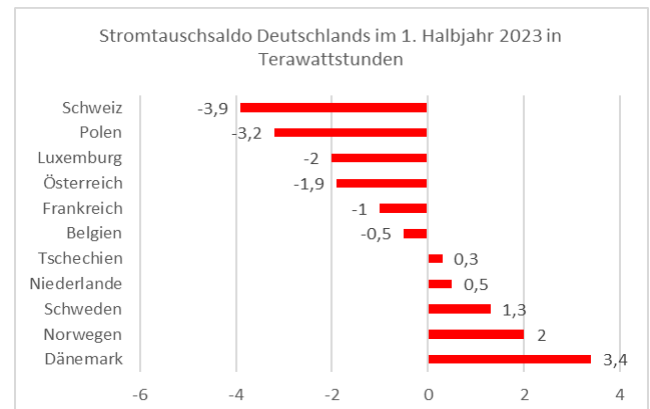
Die Europäische Union hat sich zur Bekämpfung des weltweiten Klimawandels zur Klimaneutralität bis 2050 verpflichtet. Das CO₂-Minderungsziel der EU für 2030 beträgt 55% gegenüber 1990. 2021 befand sich die EU allerdings erst bei 29%. Die nationalen Unterschiede bei CO₂-Ausstoß und Fortschritt bei der Reduktion sind groß: 2021 hat Deutschland 760t CO₂ ausgestoßen und ggü. 1990 39,2 % reduziert. Frankreich hingegen ist nur für 392t verantwortlich, hat bisher aber erst 23 % CO₂ reduziert.

Forderungen der IG Metall:

1. Für eine Reform des EU-Strommarkts, die neben ökologischen Kriterien die Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Strompreise in den Blick nimmt. Für eine Abschöpfung von leistungslosen Übergewinnen in Phasen krisenbedingter Mangelversorgung (Merit Order).
2. Aufbau einer resilienten Wasserstoffwirtschaft, die neben wichtigen Energiepartnerschaften die heimische H₂-Produktion nicht aus dem Blick verliert.
3. Für eine integrierte Energie- und Industriepolitik, die vor dem Hintergrund der geopolitischen Herausforderungen die Dekarbonisierung der Industrie mit neuen Wertschöpfungspotenzialen und guter Beschäftigung verbindet.

Wichtigster Ansatz zur Erreichung der Ziele besteht in der Dekarbonisierung der Energieproduktion, vor allem in osteuropäischen Ländern. Die Stromproduktion Polens wird noch zu ca. 75% mit Braun- und Steinkohle sichergestellt. Gleichzeitig sind die Energienetze der Länder Europas eng miteinander verwoben.

Die EU hat aus diesem Grund verbindliche Ausbauziele der Erneuerbaren Energien festgelegt. Ziele dieser „Energieunion“ sind außerdem: Diversifizierung der Energiequellen, Aufbau eines gemeinsamen Energie-marktes, Erhöhung der Energieeffizienz, Wirtschafts- und Forschungsförderung für CO₂ arme Energietechnologien. So soll etwa der Anteil des Endenergieverbrauchs bis 2030 zu 42,5% aus erneuerbaren Quellen kommen, der Verbrauch selbst um 11,7% (Referenz 2020) sinken.



Ohne gemeinsame und ambitionierte Energiewende-Strategie wird das Erreichen der Klimaziele unmöglich sein. Jeder Staat für sich hat sonst nur die eigenen Wettbewerbsvorteile im Blick. Der europäische Strommarkt spielt für die zuverlässige Stromversorgung Deutschlands zudem eine wesentliche Rolle. Eine Koordinierung der Energiewende-Prozesse zwischen den Mitgliedsstaaten ist also wesentlich für die Dekarbonisierung und Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie. Die Rückkehr zu einer allein national orientierten Energiepolitik hätte katastrophale Auswirkungen für den Standort Deutschland. **Daher: Am 9. Juni für gute Arbeit und ein soziales Europa wählen gehen!**